

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Zum polnisch-englischen Kohlenabkommen.
Zur Reorganisierung des Gewerkschaftswesens in Polen.

Zum polnisch-englischen Kohlenabkommen.

In Nr. 25-26 unserer Berichte vom 25. Oktober 1934 führten wir von der Wiederaufnahme der polnisch-englischen Verhandlungen, die in erster Linie eine Verständigung in der Frage des Kohlenexportes und in weiterer Folge den Abschluß eines allgemeinen Handelsvertrages zum Ziele hatten.

Nach einer Reihe von Konferenzen in London ist schließlich mit der Unterzeichnung einer Denkschrift am 6. Dezember 1934 eine Verständigung hinsichtlich der Frage der Kohlenausfuhr zwischen den Delegationen der polnischen und englischen Kohlenindustrie zustande gekommen. Das Inkrafttreten des Abkommens ist bedingt durch die Annahme der Verbände der beiderseitigen Kohlenindustrien. Diese steht, trotzdem schon zwei Monate vergangen sind, noch immer aus, jedoch dürfte nach den Äußerungen in der Presse an der Realisierung keineswegs zu zweifeln sein.

Zunächst aber ergeht sich die Regierungspresse in Lobeshymnen über diese große Tat, die einen „Sieg des gesunden Menschenverstandes“, einen „wirtschaftlichen Triumph Polens“ darstelle. Während sich die Oppositionspresse im allgemeinen mit einer sachlichen Wiedergabe und ebensolcher Kritik begnügt, führt dagegen die oberflächliche „Polonia“, das Blatt Sokolows, äußerst scharfe Angriffe gegen dieses Verständigungsabkommen, das nach Ansicht der „Polonia“ schwerwiegende Folgen für die oberflächliche Kohlenindustrie haben werde.

Die Lage in der Kohlenindustrie sei nämlich gegenwärtig bereits sehr beunruhigend.

„Trotz der Kälte, trotz Tarifermäßigungen und Preissenkungen, gestaltet sich der Inlandsmarkt immer unglücklicher und erstirbt langsam. Es ist dies ein Beweis der zunehmenden Verarmung. Die Bevölkerung hat kein Geld. Die großen Konzerne nutzen ihre Konventionsschancen nicht voll aus... Ebenso ungünstig gestaltet sich die Ausfuhr. Auf Grund des polnisch-englischen Abkommens müssen wir unsere Ausfuhrmenge um ungefähr 8 Prozent verringern. Die Industrie ist unter diesen Bedingungen zu Reduktionen, Einführungen von Fetterschichten, sich wiederholenden Urlaubstagen und Produktionskonzentration gezwungen. Die Beunruhigung unter den Arbeitern ist groß...“

Die Verantwortung für diese unglückliche Entwicklung des Exportes trägt die Regierung und vor allem das Ministerium für Industrie und Handel. Es hat zum Abschluß des polnisch-englischen Abkommens in dem allerungünstigsten Augenblick gedrängt, als unsere Ausfuhr bedeutend gefallen war. Ebenso hat es den Verlust des irischen Marktes auf dem Gewissen. Wenn unser Minister um für Industrie und Handel unsere Kohlenindustrie vor befassen würde und unsere Kohlenindustrie von den sich auf den ausländischen Märkten vollziehenden Wandlungen benachrichtigt hätte, so wäre so manche Niederlage zu vermeiden gewesen...“

Die Engländer haben uns aus Irland verdrängt, jedoch aus Danzig haben sie sich nicht zurückgezogen.“

Was die Frage des irischen Absatzmarktes betrifft, so sei dieser wie auch derjenige Südamerikas aus den Bestimmungen des polnisch-englischen Abkommens herausgelassen worden. Nach dem Inkrafttreten des englisch-irländischen Kompensationsvertrages am 1. Februar 1935 bestände jedoch keine Aussicht, daß Irland auch noch seine Kohlenverträge mit Polen verlängere.

Mit einer so scharfen Kritik an dem erst kürzlich geschlossenen Abkommen steht die „Polonia“ unter den polnischen Zeitungen ziemlich allein da. Im allgemeinen sieht man, wie bereits erwähnt, die Einigung als einen großen Erfolg an, der einem acht Jahre lang geführten scharfen Konkurrenzkampf zwischen den polnischen und englischen Kohleexporteuren, welcher für die Kohleindustrien beider Länder mit großen Verlusten verbunden war, ein Ende bereite. Der Mislaß dieses Kampfes sei nach Ansicht der „Polonia“ „die zehnhäufige deutsche Politik“ gewesen, die beachtlich habe, die polnische Industrie zugrunde zu richten. Als nämlich die in der Genfer Konvention vorgelebene Zeit für die polnischen Kohlelieferungen mit dem Jahre 1925 abgelaufen gewesen sei, hätte man deutschseits den Kauf polnischer oberflächlicher Kohle eingestellt und überhaupt jede weitere Einfuhr nach dem Reiche verhindert.

„Die Deutschen hofften, daß sie damit unsere Kohlenindustrie zum völligen Ruin führen, die Kohlengruben zur Arbeitseinstellung zu zwingen und auf diese Weise Arbeitslosigkeit und sozialpolitische Unruhen hervorrufen würden. Alle Verständigungsversuche und Entgegenkommen polnischseits blieben erfolglos.“

Die Entwicklung der polnischen Kohlenindustrie und besonders den Verlauf des polnisch-englischen Kohlenkrieges nahm Ingenieur J. Przechodski, der Direktor der Bergbau-Gesellschaft „Czarna“ und gleichzeitig zweite Vorkhänge der Industrie- und Handelskammer in Sosnowice, zum Inhalt eines kürzlich gehaltenen Vortrages. Ingenieur Przechodski gehörte im Dezember v. J. auch zur polnischen Delegation, die in London die entscheidenden Verhandlungen geführt hat. Seine Ausführungen seien nachstehend einige Angaben entnommen.

Im Jahre 1913 habe die Produktion der heute polnischen Gruben 41 Millionen to, die der englischen Gruben 287,4 Millionen to Kohle betragen. Davon seien aus dem Gebiet der heutigen Republik Polen und England 17 bzw. 73,4 Millionen to ausgeführt worden. Polen habe damals in seinen Kohlengruben 123 307 und England 1 127 800 Arbeiter beschäftigt. Nach Beendigung des Weltkrieges bis zum Jahre 1925 hätten die Industrien der beiden Länder mit der Kohlelieferung ihrer früheren Absatzmärkte genügend zu tun gehabt.

Als 1925 habe Polnisch-Oberschlesien auf Grund des Genfer Abkommens das Recht gehabt, bedeutende Mengen Kohle (monatlich rund 750 000 to) im Deutschen Reiche, als seinem früheren Absatzmarkt, abzugeben. Die Gültigkeit dieses Abkommens sei im Juli 1925 abgelaufen, und mit diesem Augenblick schlossen die Deutschen ihre Grenzen für die polnische Kohleneinfuhr. Diese Tatsache sei für Polen umso schwerwiegender gewesen, als sie mit einer Krise in der polnischen Industrie und einer allgemeinen Schrumpfung des inländischen Kohleverbrauchs zusammenfiel.

Infolgedessen habe sich Polen gezwungen gesehen, um jeden Preis Erlaß für den deutschen Markt in überseeischen Ländern zu suchen. Da der Hafen von Odingen noch nicht befanden habe, sei man gezwungen gewesen, Danzig als Umschlagshafen zu benutzen.

„Obgleich der Danziger Hafen überhaupt nicht für die Kohlenausfuhr eingerichtet war . . . sind dennoch bereits im Jahre 1925 rund 650 000 t Kohle über Danzig nach den baltischen Ländern ausgeführt worden.“

Die Anfänge der polnischen Ausfuhr seien außerordentlich schwierig und mit großen Opfern für die polnischen Firmen verbunden gewesen, da sich die ausländischen Abnehmer nur unter größter Voricht und Abwälzung jeglichen Risikos auf die polnischen Exporteure zur Annahme von Probestunden einverstanden erklärt hätten.

In dieser schwierigen Lage sei der bedrängten polnischen Kohlenindustrie der 7 Monate dauernde allgemeine Bergarbeiterstreik in England zu Hilfe gekommen. Rotationsgruben hätten für die bisherigen Abnehmer der englischen Kohle gemungen geblieben, während der Dauer des Streiks polnische Kohle zu beziehen.

„Diese Zeit hatte genügt, um in den Staaten, die aus Polen Kohle einführen, die Überzeugung zu festigen, daß die polnische Kohle gut ist und in den meisten Fällen den Ansprüchen der Verbraucher englischer Kohle genügt. Unter diesen Umständen wurden aus Polen im Jahre 1926 auf dem Seewege 7,3 Millionen t ausgeführt.“

England habe diese plötzliche entlandene Konkurrenz nicht erlitten, schon allein deshalb, weil zwei wirtschaftlich entscheidende Faktoren für den englischen gegenüber dem polnischen Kohlenhandel sprächen: 1. die englischen Kohlengruben liegen vielfach nicht an den Seehäfen, während in Polen die Kohle erst über eine Strecke von rund 650 km mit der Eisenbahn befördert werden müsse, und 2. hätten die englischen Kohlentransportschiffe immer auch Rückfracht, während diese den polnischen Schiffen fehle. Wenn Polen in der folgenden Zeit trotzdem den Konkurrenzkampf wider englische Erwaren ausgenommen habe, so deshalb,

„weil die Kohlenausfuhr für Polen eine staatliche, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit war. Die Engländer zogen nicht in Betracht, daß ohne Kohlenausfuhr Polen kein Gleichgewicht der Handelsbilanz erreichen und nicht die These verteidigen konnte, daß der Besitz der Meeresküste Polen notwendig sei und hätte schließlich der großen Anzahl von Bergarbeitern keine Beschäftigung geben können. Viel kann derjenige, welcher muß.“

Um wenigstens teilweise den riesigen Unterschied in der Entfernung der polnischen Gruben vom Meere im Verhältnis zu den englischen Gruben auszugleichen, kam die polnische Regierung der Kohlenausfuhr zu Hilfe, indem sie für die Beförderung der Ausfuhrkohle nach den Häfen besonders niedrige Frachttarife festsetzte, da ohne diese Unterstützung eine Ausfuhr polnischer Kohle völlig unmöglich gewesen wäre.“

Die im Jahre 1927 unternommenen Verhandlungsgesuche hätten ein völlig negatives Ergebnis zeitigt und nur eine verächtliche englische Kampfanlage zur Folge gehabt. So seien beispielsweise die englischen Gruben mit dem Preise für Ausfuhrkohle von ursprünglich 18 sh Job je t in der Zeit des befristeten Kampfes auf 13 sh heruntergegangen, was bei einer jährlichen Ausfuhr von rund 40 Millionen t eine Mindereinnahme von rund 10 Millionen £ zur Folge gehabt hätte.

Einen bedeutenden Vorprung habe die englische Industrie dann 1931 durch die Abwertung der englischen Währung gemommen.

Dem allen habe Polen nur eines entgegenstellen können: eine noch billigere Kohlenlieferung als die englische Industrie. Man sei mit der dauernden gegenseitigen Unterbietung schließlich so weit gegangen, daß nach einigen Jahren die Kohlenverkaufspreise bedeutend niedriger gewesen seien als die eigenen Herstellungskosten, ohne Berücksichtigung der allgemeinen Unkosten und der Amortisation.

„Im Jahre 1934 betrug der Preis für Stückkohle (ohne Schluff und Grus) im Durchschnitt loco Waggon Grube 7 Zloty für 1 t, während dagegen der Förderungspreis für eine t unsortierter Kohle, also mit Schluff zusammen, durchschnittlich im ganzen Kohlenrevier mehr als doppelt so hoch war, wobei weder Amortisation noch die Schuldenverzinsung berücksichtigt ist.“

Diese Kalkulation stellt sich für unsere Ausfuhrindustrie umso tragischer dar, als das Verhältnis der auf dem Seewege ausgeführten Kohle zu der im Inlande für den Eisenbedarf zu besseren und sich rentierenden Preisen abgesetzt ein sehr bedeutendes ist und in der letzten Zeit dauernd noch weiter anstieg, einerseits wegen der zunehmenden Defizitausfuhr und andererseits wegen des sich ständig verringerten Inlandabsatzes zu verhältnismäßig günstigen Preisen. Im Jahre 1934 betrug für die gesamte Kohlenindustrie das Verhältnis der Defizitausfuhr zu der im Inlande abgesetzten sogenannten Lizenzkohle 75 % zu 25 %.“

Verdächtig man auch noch die vom Staate gezahlten Aufsubventionen von 5 Zloty je t, so überstiegen die Kosten dieses über 7 Jahre dauernden Kohlenkrieges, nach einer ungefähren Schätzung der „Polonia“, um mehrere hundert Millionen eine Milliarde. Trotzdem habe Polen diesen Kampf nicht aufgeben können, weil diese Ausfuhr mehreren zehntausend Arbeitern Beschäftigung gegeben und dem Staate jährlich über 100 Millionen Zloty Devisen eingebracht habe. Dann aber

„verdankt in der Hauptsache gerade der polnischen Kohlenausfuhr seine Entstehung, Existenz und Entwicklung der Gdingener Hafen, der der Stolz und Liebling unseres Volkes ist, in starkem Maße haben wir dank der Kohlenausfuhr der ganzen Welt bewiesen, daß der Besitz der Meeresküste und der Häfen Gdingen und Danzig eine unumgängliche Notwendigkeit für Polen ist, da wir bereits im Verlaufe des ersten Jahrzehntes, in dem wir den Küstenstreifen besaßen, aus dem dahinzusetzenden Danzig und dem kleinen Pingsandorf Gdingen die hinsichtlich des menschenmäßigen Umschlages größten Häfen der Ostsee gemacht haben.“

„Wir haben uns so lange verteidigt“ — schreibt J. W. (Wenck) im „Kurier Danzang“ zum Abschluß der über drei Jahre dauernden Kohlenverhandlungen — „bis wir den Sieg errangen . . . Dieser Sieg muß uns erlernen nicht nur infolge der unmittelbar damit verknüpften Vorteile. Wir dürfen uns darüber freuen, weil wir damit erneut die Kraft unseres Wirtschaftsorganismus unter Beweis gestellt haben, genau so, wie wir sie während des Zollkrieges mit dem Deutschen Reiche, im Kampf um die Aufrechterhaltung unserer Währungsstabilität, der aktiven Handelsbilanz und auf vielen anderen Gebieten des Wirtschaftslebens bewiesen haben, die Stärke, die uns die Gewähr für eine günstige Entwicklung von Wirtschaft und Wohlstand in der Zukunft gibt.“

Die plötzliche Umstellung, die der polnische Kohlenhandel mit dem Jahre 1926 von der Ausfuhr auf dem Schienenwege auf den seewärtigen Export erfuhr, zeigen die Zahlen für den prozentualen Anteil der polnischen Kohlenausfuhr nach den an Polen angrenzenden Ländern. Dieser betrug im Jahre 1924 — 97,8 %, 1925 — nur noch 30,3 %, 1930 — 28,8 %, 1931 — 22,5 %, 1932 19,7 %, 1933 — 16,2 %; analog dazu sei die Ausfuhr auf dem Seewege nach den nord- und westeuropäischen sowie überseeischen Absatzmärkten im gleichen Zeitalterabschnitt von 2,2 % auf 79,4 % angestiegen.

In der Gesamtausfuhr spricht die polnische Presse zwar von einem dauernden Anstiegen der polnischen Ausfuhr, die angeblich auf Kosten der englischen Kohle gesungen sein soll. Die angeführten Zahlen zeigen jedoch in den letzten Jahren bei beiden ein verhältnismäßig beinahe gleich starkes Zurückgehen. Nach der „Codzienna Gazeta Handlowa“ habe die polnische bzw. englische Kohlenausfuhr betragen:

	Polnische Ausfuhr in Millionen Tonnen	Englische Ausfuhr in Millionen Tonnen
1927	6,1	51,1
1928	7,4	50,1
1929	8,0	60,3
1930	8,2	54,9
1931	10,27	42,8
1932	7,9	38,9
1933	7,6	39,1
1934	8,4	40

Bedeutend aufschlußreicher sind dagegen die in einer Danziger Zeitung angegebene Zahlen, die den Rückgang der polnischen Kohlenausfuhr nach den nördlichen Ländern aufzeigen und in denen deutlich die Zurückgewinnung dieser Absatzmärkte für die englische Kohle zum Ausdruck kommt.

Der polnische Export betrug in 1000 to nach:

	Dänemark	Norwegen	Schweden	Finnland	Letland
1929	1871	607	2 676	450	471
1930	1 750	728	2 918	450	642
1931	1 925	968	3 090	592	455
1932	1 422	842	2 810	348	110
1933	739	793	2 332	402	83
1934	189	206	1 379	152	11

(Dazu vergl. Nr. 25—26 der „Ostland-Berichte“ vom 25. 10. 1934.)

Bei der Festlegung der polnischen Ausfuhrquote während der Warschauer und Londoner Verhandlungen schwankten die gegenseitigen Forderungen zwischen 18 und 23 % der englischen Ausfuhrmenge. Man habe sich besonders unter Berücksichtigung der Zahlen für die letzten drei Jahre dahin geeinigt, daß die polnische Ausfuhr rund 19,5 % der englischen betragen solle. Dieses Verhältnis beziehe sich lediglich auf die von Polen über See gehenden Kohlentransporte, während die auf dem Eisenbahnege nach europäischen Ländern erfolgenden Sendungen, sowie die Bunkererlöufe nicht einbegriffen seien.

Mengenmäßig werde auf Grund dieses Abkommens, dessen Geltungsdauer dem polnischen Wunsch gemäß auf 3 Jahre festgesetzt wurde, Polen im Jahre 1935 1 Million to Kohle weniger ausführen dürfen. Als Äquivalent dafür gewinne die polnische Kohlenindustrie die Möglichkeit einer Verbesserung des Exportpreises, dessen niedriger Stand zum Schaden der polnischen bzw. englischen Erzeuger lediglich den fremden Verbrauchern zugute gekommen sei. Diese Möglichkeit sei aber von einem sehr wesentlichen Faktor abhängig, nämlich von der Einigung mit dem Deutschen Reich, als dem dritten europäischen Kohlenexporteur. Denn nach dem Ergebnis des Jahres 1933 habe England 39 Millionen to Kohle (fast 19 % seiner Produktion), das Deutsche Reich — 18,4 Millionen to (18 % seiner Produktion) und Polen — 9 Millionen to (33 % seiner Produktion) ausgeführt. So lange daher nicht auch mit dem Deutschen Reich eine Verständigung erzielt sei, könnten die Kohlenpreise nicht wesentlich erhöht werden, da dann die deutsche Kohlenindustrie die Möglichkeit hätte, zu niedrigeren Preisen größere Mengen abzusetzen.

Als ein polnischer Erfolg in diesem Abkommen werde auch noch die Verpflichtung Englands angesehen, in Zukunft keinerlei Verhandlungen in der Kohlenfrage mit irgendeinem Partner zu führen, ohne sich vorher mit der polnischen Kohlenindustrie darüber verständigt zu haben.

Die Wirtschaftsjchrift „Polska Gospodarka“ schließt ihre Betrachtungen über dieses Thema wie folgt:

„Das wichtigste ist jedoch, daß die polnische Kohlenindustrie vollkommen ihren Standpunkt gewahrt hat, nämlich, daß die polnische Kohlenausfuhr ein beständiges Element im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr darstellt, und daß mit diesem Faktor alle Kohleerzeuger rechnen müssen, sowie die Tatsache, daß die polnische Kohlenindustrie sich auf Grund dieses Abkommens alle Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft offengehalten hat.“

[„Polska Gospodarka“, Heft 50, vom 15. 12. 1934; „Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 1., 10., 23.—27. Dezember 1934 und 27.—28. Januar 1935; „Polonia“ vom 11. und 12. Dezember 1934 und 9., 20. und 24. Januar 1935; „Ilustrowany Kuryer Codzienny“ vom 10. 11. und 20. 12. 1934; „Gazeta Polska“ vom 16. 12. 1934 und 6. 1. 1935; „Kurier Warszawski“ vom 7. 12. 1934 und 1. 0. 1935; „A. B. C.“ vom 8. und 11. 12. 1934; „Kurier Łódzki“ vom 1. 12. 1934; „Kurier Poranny“ vom 9. 12. 1934; „Gazeta Gdańska“ vom 16. 1. 1935; „Danziger Tageblatt“ vom 14. 12. 1934.]

Zur Neuorganisation des Genossenschaftswesens in Polen.

Auf Grund der in dem neuen polnischen Genossenschaftsgesetz enthaltenen Neuerungen und gemäß den vom dem Staatlichen Genossenschaftsrat ausgearbeiteten Richtlinien, ging man Ende 1934 an deren Durchführung und die Reorganisation der gesamten Genossenschaftsbewegung heran. Diese Arbeit, die noch längere Zeit in Anspruch nehmen werde, solle nicht das Wesen der einzelnen Genossenschaften, sondern die Grundzüge hinsichtlich der Organisation der Revisionsverbände, welche Genossenschaften verschiedener Art umfassen, zum Ziele haben.

Es bestanden bisher in Polen insgesamt 23 Verbände, die rund 11 800 Genossenschaften umfassen. Einzelne dieser Verbände, wie beispielsweise der Verband der Wohn- und Wohnungsbau-Genossenschaften, der Verband der Konsumgenossenschaften (wenn gleich nicht in vollem Umfange) waren reine Fachverbände, dagegen umfaßten andere verschiedene Genossenschaftstypen, wie: landwirtschaftliche, Konsum-, Kredit-, Molkerei-, Wohnungs- u. a. Genossenschaften mehr.

Nach der gemäß den Richtlinien des Staatlichen Genossenschaftsrates durchgeführten Reorganisation wird es nur noch 20 Verbände geben, die entweder einen Genossenschaftstyp umfassen, der mit den verschiedenen Bevölkerungsgruppen arbeitet, oder auch Genossenschaftsverbände, die inmitten einer Bevölkerungsgruppe arbeiten und dann verschiedene Genossenschaftstypen umfassen; mit anderen Worten Spezial- und Standesverbände.“

Auf Grund der Ende 1934 vom Finanzminister erlassenen Verordnungen, die den Forderungen des Genossenschaftsrates Rechtskraft gaben, hätten von den bis dahin bestehenden 23 Verbänden 3 ihr Revisionsrecht mit dem 10. November 1934 und 2 weitere dieses Recht mit dem 31. Dezember 1934 verloren. Von den übrigbleibenden 18 Verbänden hätten 9, die bisher zu den Vereinigungen „Młosa“ und „Zjednoczenie“ gehörten, sich zu dem die ganze Republik umfassenden Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften zusammengeschlossen.

Dadurch würden nach der Reorganisation der Verbände der Gesamtzahl Genossenschaften nur noch 11 Verbände mit einem genau umgrenzten Tätigkeitsgebiet angehören.

„Die polnischen Genossenschaften werden anstatt wie bisher in 12, in Zukunft nur in 5 Verbände zusammengefaßt sein. Es sind dies: Der Verband der landwirtschaftlichen und erwerbswirtschaftlichen Genossenschaften der Republik Polen. Er wird 5500 Erzeugungsgenossenschaften umfassen, die hauptsächlich unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung arbeiten, darunter sind 2900 Stetzyk-Kassen, 1000 Molkereien, 700 allgemeine Kreditgenossenschaften, 800 Ein- und Verkaufsgenossenschaften u. a. m.

Der Verband der Lebensmittelgenossenschaften der Republik Polen, der rund 1000 Lebensmittel- und andere Konsumgenossenschaften mit Ausnahme der Wohnungsgenossenschaften umfaßt;

Der Verband der Genossenschaften und Arbeitsvereinigungen der Republik Polen umfaßt insgesamt 400 Genossenschaften, darunter 200 Wohn- und Wohnungsgenossenschaften, 190 Arbeiter-Spar- und Darlehns-Genossenschaften und 10 Arbeitsgenossenschaften.

Zum Verbands der Militär-Genossenschaften gehören 260 Militär-Konsum-Genossenschaften.

Der Wolhynische Genossenschaftsverband „Hur“, mit dem Sitz in Luck, betreut geteiltmäßig die landwirtschaftlichen Genossenschaften der Wojewodschaft Wolhynien.

Die Genossenschaften der nationalen Minderheiten werden statt der bisherigen 11 nur noch 6 Verbände haben, je 2 für jede Nationalität. Die ukrainischen und weißrussischen Genossenschaften sind in dem Revisionsverbande der ukrainischen Genossenschaften und im Revisionsverband der weißrussischen Genossenschaften, mit dem Sitz in Lemberg, zusammengefaßt.

Zu diesen beiden mit dem Revisionsrecht ausgestatteten Verbänden gehören auf dem Gebiete der Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw und Tarnopol 3000 verschiedenenartige, in der Mehrzahl jedoch landwirtschaftliche Genossenschaften. Die deutschen Genossenschaften gruppieren sich um den Verband deutscher Genossenschaften in Polen mit dem Sitz in Posen und dem Verbande ländlicher Genossenschaften der Wojewodschaft Pommernellen mit dem Sitz in Graudenz. Nach der Übernahme der Genossenschaften aus den beiden sich in Liquidation befindlichen Verbänden in Lodz und Posen werden diese beiden Verbände rund 900 landwirtschaftliche, hauptsächlich Molkerel- und Kreditgenossenschaften, umfassen.

Die jüdischen Genossenschaften sind im Verband der jüdischen genossenschaftlichen Institute und dem Verbande der jüdischen kaufmännischen genossenschaftlichen Vereinigungen zusammengeschlossen, die zusammen über eine Anzahl von rund 800 jüdischen allgemeinen Kreditinstituten verfügen.

In allgemeinen Zahlen werden die polnischen Genossenschaften 7100 Genossenschaften und die Verbände der nationalen Minderheiten 4700 Genossenschaften umfassen.

Insgesamt hat der nunmehr größte Revisionsverband, nämlich der Verband der landwirtschaftlichen und erwerbswirtschaftlichen Genossenschaften der Republik Polen, mit dem 25. Januar 1935 seine Tätigkeit aufgenommen, nachdem am Tage vorher die Vorstands- und Aufsichtsratsarbeiten fertiggestellt hatten. Es ist dies der erste große Revisionsverband, der noch den vom Staatlichen Genossenschaftsamt ausgearbeiteten Richtlinien den Tätigkeitsbereich von bisher 9 Revisionsverbänden übernimmt.

„Der neue Verband bildet eine mächtige Wirtschaftsorganisation und symbolisiert damit die so erwünschte Einheit der polnischen Genossenschaftsbewegung.“

Den vereinigten Genossenschaften sei dabei infolge der sehr liberal gehaltenen Vorschriften des Statutes voller Einfluß auf die Richtung und Arbeitsergebnisse des neuen Verbandes gewährleistet. Die Konsolidierung der Genossenschaftsbewegung werde genau nach den vom Staatlichen Genossenschaftsamt gegebenen Richtlinien auf Grund des novellierten Genossenschaftsrechtes durchgeführt.

Aus der Tatsache heraus, daß die Reorganisation der Genossenschaftsarbeit unter Einfluß und starker Anteilnahme staatlicher Stellen durchgeführt wird, sei auf der 1. Tagung des neuen Verbandes am 24. Januar d. Js. besonders den Ausführungen des Finanzministers Lednicki über die Notwendigkeit der Konsolidierung des polnischen Genossenschaftswesens und die Aufgaben, die des neuen Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften barten, großes Interesse entgegengebracht worden.

Der Finanzminister wies darauf hin, daß es heute noch immer Kreise gäbe, die die große Bedeutung des Genossenschaftswesens nicht genügend würdigten. Andererseits habe im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftskrise auch die genossenschaftliche Idee eine Krise durchmachen müssen, die sie jedoch siegreich überstanden habe. Das äußere Zeichen dieses erregenden Triumphes sei die Gründung des neuen Verbandes, der alle polnischen landwirtschaftlichen Genossenschaften umfasse. Weil die Regierung, durch deren Initiative man an die Reorganisation herangehe, die Bedeutung dieser Arbeit voll einsehe, könne der Verband mit der weitgehenden Unterstützung von Seiten der Regierung rechnen.

Die neue Arbeitsperiode der landwirtschaftlichen Genossenschaften beginne in einer für die polnische Landwirtschaft außerordentlich schweren Zeit. Die fortbestehende Tendenz zum Absinken der Weltmarktpreise für Agrarprodukte und die zunehmenden Beschränkungen des Absatzes von Vieherzeugnissen werden notge-

drungen ein noch weiteres Absinken der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Polen zur Folge haben. Alle diese Schwierigkeiten mit überwinden zu helfen, werde eine der großen Aufgaben des Verbandes sein.

„Aus diesem Grunde ersuche ich mir, daß auf Grund der gesammelten Erfahrungen besonders der Arbeitsdisziplin, das Verantwortungsbewußtsein der Leitung und ein schrittweises und maßvolles Heranwachsen des genossenschaftlichen Lebens als die Richtlinien für die kommende Zeit zu gelten haben.“

Was dagegen die praktischen Aufgaben betrifft, so treten sie auf folgenden Gebieten vollkommen deutlich hervor:

1. Hinsichtlich des Kreditapparates — eine intensive Tätigkeit, um das Vertrauen zu dem Kreditgenossenschaftswesen wieder herzustellen. Die Lage auf diesem Arbeitsabschnitt ist nicht schlecht. Das Genossenschaftswesen hat im Gegenteil seine Lebensfähigkeit bewiesen. In dieser Arbeit muß man sich jedoch unbedingt zum Ziel und zur Richtlinie nehmen, daß das Dorf seine bescheidenen Kapitalisationsprozesse vor allem mit Hilfe der Genossenschaften durchführen müsse.

2. Das zweite Gebiet ist das der Absatzorganisation, besonders für die Vieherzeugnisse. Hier hat das letzte Jahr die erwünschte Verbesserung gebracht. Die Milchmenge, die in den Molkeriegenossenschaften durch die Zentrifugen ging, hat überall bedeutend zugenommen, die Qualität hat sich im allgemeinen überall verbessert; die Verringerung der Spänne zwischen den Notierungen für dänische und polnische Butter und für dänische und polnische Eier wird der Landwirtschaft durch entsprechende Organisation selbst bei so niedrigen Preisen die zusätzlichen Einnahmefillionen bringen.

3. Am schlechtesten ist das sogenannte landwirtschaftliche Handelsgenossenschaftswesen durch die Krise gekommen, das seine Umsätze auf den trügerischen Glauben einer unbedingten Dauerhaftigkeit der günstigen Nachkriegskonjunktur für die Landwirtschaft aufbaute und erweiterte. Das polnische Genossenschaftswesen hat hier einen Fehler begangen, den das ukrainische Genossenschaftswesen gleichzeitig zu vermeiden wollte.

Es hatte den Anschein, als ob das polnische Dorf imstande sein würde, gleichzeitig zwien Genossenschaftszweigen die Existenz zu sichern: dem Lebensmittel-Genossenschaftswesen, das die Bevölkerung mit den wichtigsten Produkten des täglichen Lebens versieht, und einem Genossenschaftswesen, welches das Land mit Kunstdünger, landwirtschaftlichen Maschinen, Saatgut, Baumaterialien u. ä. m. versorgt. Das Leben hat diese Rechnung unbarmerzig durchgestrichen und nur diejenigen Institute bestehen lassen, welche die Beständigkeit ihrer Umsätze auf die Waren des notwendigsten Gebrauchs, wie Salz, Petroleum, Zucker, Streichhölzer, Tabak aufbauten, Waren also, die 70 % der Barausgaben der Landbevölkerung ausmachen und kein Geschäftsrisiko enthalten, da ihre Preise vom Staat normiert werden.

Überall da, wo man den eigentlichen Geschäftsbetrieb der Genossenschaften auf diese Lebensmittel aufgebaut hat, und als Ergänzung Produktionsmittel hielt, überstanden die Genossenschaften siegreich die Krise und zeigen eine Zunahme der Umsätze, ohne ihre Mitglieder zu zusätzlichen Leistungen heranzuziehen oder gar zum Zusammenbruch zu führen, Und hieraus läßt sich auf die Richtlinien für die Zukunft oder zumindest für die Arbeit der nächsten Zukunft schließen.

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ vom 30. 11., 29. 12. 1934 und 24. 1. 1935; „Polska Gospodarcza“, Heft 5, vom 2. 2. 1935.]